

1. Stellv. Vorsitzender:
- Pressereferat -
Dr. phil. F. R. Deister
Felix-Dahn-Str. 25
60431 Frankfurt a. Main
Telefon: 069-521617
Mail: deister@bvvp.de

bvvp-Pressemitteilung: Versorgung psychisch Kranker noch lange nicht gesichert!

In einer vom bvvp ausgerichteten öffentlichen Veranstaltung mit Vortrag epidemiologischer Daten und anschließender Podiumsdiskussion mit prominenten Teilnehmern in der KV-Nordrhein wurde eine aktuelle und auch zukünftig zu erwartende massive Unterversorgung von psychisch Kranken festgestellt und eine Umsteuerung in Bedarfsplanung und Aus- und Weiterbildung angemahnt.

Am 9. Oktober veranstaltete der bvvp im Rahmen seiner herbstlichen Delegiertenversammlung zusammen mit seinen nordrheinischen Regionalverband (RVN) in den Kölner Räumen der KV Nordrhein eine sehr gut besuchte Podiumsdiskussion mit prominenten Teilnehmern. Zunächst referierte Prof. Martin Härter von der Uni Hamburg-Eppendorf die wichtigsten epidemiologischen Erkenntnisse für Deutschland zur Häufigkeit psychischer Erkrankungen. Diese weisen übereinstimmend darauf hin, dass psychische Krankheiten bei einer jährlichen Erkrankungsrate von ca. 30% und einer auf das ganze Leben bezogenen Rate von ca. 50% zu den häufigsten Krankheiten gehören und damit auch einen äußerst relevanten Kostenfaktor im Gesundheitswesen in Deutschland darstellen. Die Versorgung sowohl mit psychiatrischer als auch psychotherapeutischer Behandlung ist selbst dann noch als unzureichend zu bezeichnen, wenn nur 3-5% der Erkrankten einer unmittelbaren Behandlung bedürften. Der tatsächliche Bedarf liegt aber deutlich darüber, wobei die Versorgungslage insbesondere in ländlichen Gebieten, im Osten Deutschlands und v.a. die von Kinder- und Jugendlichen als katastrophal angesehen werden muss. Auch ist in den besser versorgten Regionen und den meisten Städten mit ausgewiesener „Überversorgung“ ebenfalls eher eine faktische Unterversorgung festzustellen, wie man an langen Wartezeiten ablesen kann. Unnötige, teure Chronifizierung und Fehlversorgung sind die Folge.

Dann folgte eine Podiumsdiskussion, an der neben Prof. Härter die Patientenbeauftragte Frau Kühn-Mengel, das DGPPN-Vorstandmitglied Frau Prof. Herbertz, der stellvertretende KV-No-Vorsitzende Dr. Enderer, das Verdi-Vorstandsmitglied Dielmann, die bvvp-Vorsitzende Frau Dr. Clever und – als Interessenvertreterin der PiA (PsychotherapeutInnen in Ausbildung) – bvvp-Vorstandmitglied Frau Sartorius unter der Moderation des RVN-Vorsitzenden Willnow teilnahmen. Die Diskussion ergab, dass auch das inzwischen seit 10 Jahren inkraftgetretene

Geschäftsstelle: bvvp e.V., Schwimmbadstraße 22, 79100 Freiburg i. Br., Tel.: 0761-7910245, Fax: 0761-7910243
E-Mail: bvvp@bvvp.de – Internet: www.bvvp.de – Konto: 16075507, BLZ 680 615 05, Volksbank Breisgau-Süd eG

Vorstand: 1. Vors.: Dr. med. Birgit Clever, Freiburg – 1. Stellv.: Dr. phil. Dipl.-Psych. Frank Roland Deister, Frankfurt
2. Stellv.: Martin Klett, KJP, Freiburg – Dr. med. Reinhold Hildmann, Freiburg
Dipl.-Psych. Tilo Silwedel, Frankfurt – Dr. med. Martin Kremser, Detmold – Dipl.-Psych. Yvo Kühn, Wunstorf

Psychotherapeutengesetz an der Unterversorgung aufgrund der weiter zunehmenden Morbidität nur wenig ändern konnte und auch zukünftig wenig ändern wird. Alle Aus- und Weiterbildungen für den Bereich psychischer Erkrankungen – sowohl zum Psychologischen oder Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten als auch zum Facharzt für Psychosomatik und Psychotherapie oder Psychiatrie und Psychotherapie – sind derzeit eher wenig attraktiv. Sie sind überwiegend lang und teuer und bieten mit den z.T. nachfolgenden Niederlassungsproblemen aufgrund der derzeitigen Bedarfsplanung und v. a. den anschließenden vergleichsweise geringen Verdienstmöglichkeiten kaum einen Anreiz.

Das Podium war sich überwiegend einig, dass der zukünftigen Verschärfung der heute schon fast überall bestehenden Versorgungsprobleme nicht durch Umverteilungskämpfe zwischen Psychiatrie und Psychotherapie oder Psychosomatik adäquat begegnet werden kann, sondern dadurch, dass jede Leistungserbringergruppe ihre spezifischen, aber notwendigen Behandlungsangebote für ihre jeweilige Patienten anbietet – in bedarfsgerechtem Umfang und zu einer bis heute nicht realisierten angemessenen Bezahlung.

Etliche Hindernisse sind zur Entspannung der unzureichenden Versorgungslage zu beseitigen. Z. B. muss die Ausbildung für Psychologische und Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten durch eine ausreichend vergütete „praktische Tätigkeit“ erleichtert, und die gesetzlich definierte 20%-Quote für Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten muß endlich zügig umgesetzt werden. Auch muss die derzeitige anachronistische Bedarfsplanung auf Basis von praxisnahen kleinräumigeren Versorgungsanalysen dem echten Bedarf angepasst werden. Dann würden derzeit gesperrte und als „überversorgt“ geltende, aber tatsächlich unterversorgte Bezirke wieder Niederlassungsmöglichkeiten bieten. Die notwendigen höheren Aus- und Weiterbildungsraten in allen „P“-Fächern sind aber nur durch attraktivere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sowohl im Angestelltenbereich über eine adäquate Eingruppierung approbierter PP und KJP im TVÖD als auch für alle Psychotherapeuten in der Niederlassung zu erreichen.

Köln, den 10.10.09